

Bündnis 90 /DIE GRÜNEN, SPD, FDP und Gö-LINKE Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Telefon 0551 / 400 27 85 Zimmer 130
Telefax 0551 / 400 29 04
E-Mail grueneratsfraktion@goettingen.de

SPD-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen



Telefon 0551 / 400 22 90 Zimmer 199
Telefax 0551 / 400 20 60
E-Mail spd-fraktion@goettingen.de

FDP-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Telefon 0551 / 400 22 89 Zimmer 127
Telefax 0551 / 400 29 03
E-Mail spd-fraktion@goettingen.de

Gö-LINKE-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Telefon 0551 / 400 24 99 Zimmer 196
Telefax 0551 / 400 20 79
E-Mail spd-fraktion@goettingen.de

Göttingen, 26. April 2007

Antrag zur 5. Sitzung des Rates der Stadt Göttingen am 11. Mai 2007

Sozialarbeit auf dem Wilhelmsplatz

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein sozialpädagogisches Konzept zur Verminderung und Lösung der aktuellen Probleme auf dem Wilhelmsplatz zu erarbeiten, das die sozialen Hintergründe und Ursachen der Konflikte berücksichtigt. Ziel dieses Konzeptes soll es sein, durch den Einsatz erfahrener und geschulter Sozialarbeiter die sozialen Konflikte zu vermindern und auf dem Platz eine Atmosphäre zu schaffen, die eine lebendige Nutzung weiterhin ermöglicht.

Als begleitende Maßnahmen fordern die beantragenden Fraktionen verstärkte Kontrollen der Gastronomie und Kioske im Umfeld des Wilhelmsplatzes, um die Abgabe von Alkohol an Minderjährige effektiv zu verhindern.

Begründung:

Mit der Zahl der Besucher ist nach Angaben der Göttinger Polizei auch die Zahl der Ordnungswidrigkeiten und Straftaten auf dem Wilhelmsplatz seit der Fußball-WM 2006 deutlich angestiegen. Die Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP sind überzeugt, dass sich diese Probleme weder durch eine weitere Verstärkung der Polizeipräsenz und die zunehmende Androhung rechtstaatlicher Konsequenzen noch durch eine Video-Überwachung, wie sie von CDU und Polizei ins Gespräch gebracht wurde, nachhaltig lösen lassen. Diese Maßnahmen sind zudem teuer und unverhältnismäßig.

Unsere Fraktionen halten es daher für sinnvoll, auf dem Wilhelmsplatz verstärkt Sozialarbeiter einzusetzen - insbesondere in den Abendstunden. Erfahrene „Streetworker“ können gezielt den Kontakt mit Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Gruppen suchen, die durch ihr Verhalten zu einer Eskalation der Situation und zu einer Gefährdung und Verängstigung von Besuchern und Passanten beitragen. Ähnliche Konzepte wurden in anderen Städten erfolgreich umgesetzt und führten in vielen Fällen an „hot spots“ zu einer Deeskalation, die mit rein polizeilichen und technischen Mitteln kaum zu erreichen gewesen wäre.